

B-2

Titel Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 zulassen

AntragstellerInnen NeckarOdenwald gemeinsam mit Bodensee

Zur Weiterleitung an SPD-Landesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

1 Sozialdemokratische Bildungspolitik hat stets den einzelnen Menschen im Blick. Eine individuelle Förderung,
2 die kein Kind zurücklässt, die jeder Schülerin und jedem Schüler die Möglichkeit zur optimalen Entfaltung
3 bietet und die unterschiedliche Herkunft nicht als Gefahr, sondern als Chance begreift – das war und ist unser
4 Anspruch!

5 Aus diesem Grund haben wir als Teil der letzten Landesregierung die Gemeinschaftsschule eingeführt, die
6 Kürzung von 11.400 LehrerInnenstellen verhindert und die Ganztagschulen massiv ausgebaut. Uns geht es bei
7 der Ausbildung der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg nicht um Schnelligkeit und Anpasstheit,
8 teilweise in Verbindung mit massiven Auswirkungen auf die körperliche und psychische Gesundheit, sondern
9 um die Entwicklung von kreativen, kritisch denkenden und gut ausgebildeten jungen Menschen.

10 So stellen wir heute fest, dass die 2004 von der CDU/FDP-Regierung auf Druck der Arbeitgeber eingeführte
11 Verkürzung der Lernzeit auf acht Jahre krachend gescheitert ist. Dies zeigen nicht nur Zahlen aus Baden-
12 Württemberg, wo sich an den G9-Modellschulen des Landes ca. 92% der Schülerinnen und Schüler für das
13 neunjährige Gymnasium entscheiden, sondern auch die politischen Entscheidungen aus anderen Bundeslän-
14 dern wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Schleswig-Holstein, die fast ausnahmslos zu G9
15 zurückkehren.

16 Unser bildungspolitisches Leitziel bleibt das längere gemeinsame Lernen und damit die flächendeckende Ein-
17 führung gymnasialer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Die Entscheidung der grün-schwarzen Landesre-
18 gierung, für nur zehn der knapp 300 Gemeinschaftsschulen mit einer gymnasialen Oberstufe Genehmigungen
19 zu erteilen, statt verlässliche Kriterien für die Zulassung weiterer Oberstufen zu entwickeln, macht dies jedoch
20 vorerst unmöglich. Auch zeigen aktuelle Übergangsquoten, dass dies mittelfristig nicht realistisch ist. Es wi-
21 derspricht daher unserem bildungspolitischen Verständnis, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit dem
22 Druckmittel G9 auf Kosten der Schülerinnen und Schüler gegeneinander auszuspielen, wie dies die aktuelle
23 Landesregierung tut.

24 Die Gemeinschaftsschule verfügt – aus gutem Grund – über ein anderes pädagogisches Konzept, das auf länge-
25 res gemeinsames Lernen, individuelle Förderung und stärkere Heterogenität setzt. Dies wird von vielen Schü-
26 lerinnen und Schülern und deren Eltern geschätzt. Gleichwohl respektieren wir die Entscheidung aller Eltern
27 und Kinder, die eine andere Schulart wählen möchten. Diesen dürfen wir den Wunsch nach einer längeren
28 Schulzeit nicht verwehren. Die Rückkehr zur neunjährigen Schulbildung ermöglicht eine stärkere individuelle
29 Förderung, eine geringere schulische Belastung durch weniger Wochenstunden und mehr Zeit für ehrenamt-
30 liches Engagement oder sportliche Betätigung in Vereinen.

31 Nicht umsonst forderten in den vergangenen Jahren Eltern und Schüler in zahlreiche Petitionen mit zehntau-
32 senden Unterschriften vom Kultusministerium, die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 auch an den Gym-
33 nasien wieder zuzulassen.

34 Jusos und SPD Baden-Württemberg setzten sich daher für eine Wahlmöglichkeit zwischen dem achtjährigen
35 und dem neunjährigen Bildungsgang für alle Gymnasien in Baden-Württemberg ein. Hierbei soll von den
36 Schulen vor Ort in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Schulträgern entschieden werden können,
37 welche Bildungsgänge sie anbieten möchten. Ziel dieser Reform muss es sein, dass alle Kinder und deren
38 Eltern in Baden-Württemberg zwischen G8 und G9 – auch an allgemeinbildenden Gymnasien wählen können.

39

40 **Begründung**

41 erfolgt mündlich